

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Pressemitteilung der SPD-Fraktion Pohlheim:

„Pohlheimer Haushalt 2023 – Gesamtbetrachtung“

Der inzwischen genehmigte Haushalt 2023 basiert auf einer soliden finanziellen Basis und eröffnet die Möglichkeit vielfältiger Investitionen.

Die kritisierenden Stellungnahmen der CDU orientieren sich -wie gewohnt und erwartet- nicht an den gegebenen Realitäten; es wird lediglich versucht, finanzielle Ängste zu schüren, um die Bevölkerung unnötig zu verunsichern.

Von der CDU wie auch von der Kommunalaufsicht des Landkreises Gießen wird völlig negiert, dass die „Corona-Pandemie“ und die Folgen des Ukraine-Krieges zu bewältigen waren bzw. noch sind.

„In diesem Zusammenhang ist es im Sinne des Vorsichtsprinzips des Handelsgesetzbuches eine weise Entscheidung, den Haushalt zurückhaltend und zunächst folglich auch mit Verlusten zu planen“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Peter Alexander.

Auf dieser Basis haben sich durch eine kluge Haushaltsumsetzung folgende Ergebnisse realisieren lassen:

Für die Jahre 2021 und 2022 hatte die Haushaltsplanung einen Verlust von 1,4 Mio bzw. 1,2 Mio Euro ausgewiesen; als tatsächlicher Ergebnisabschluss konnte ein Überschuss von 1,4 Mio bzw. 1,1 Mio Euro erzielt werden.

Der im Haushaltsplan für 2023 ausgewiesene Verlust von 1,3 Mio Euro ist daher nicht geeignet, Negativtendenzen aufzeigen zu wollen.

Die finanziellen Rücklagen haben sich durch die Überschüsse 2020 - 2022 von 21,5 Mio Euro sogar auf nunmehr ca. 25 Mio Euro erhöht! „Pohlheim befindet sich daher nicht auf einem „absteigendem Ast“ (CDU) sondern in einer positiven Entwicklung“, so Melanie-Schunk-Wießner, stellvertr. Fraktionsvorsitzende.

Die liquiden Mittel belaufen sich trotz diverser Investitionen auf dem hohen Stand von 9,5 Mio Euro.

Diese positiven Finanzaufstellungen nach der letzten Kommunalwahl konnten durch die neuen Mehrheitsfraktionen ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen verwirklicht werden.

„Auch Einnahmeverluste aus der Abschaffung der Straßenanliegerbeiträge konnten durch eine sparsame Haushaltsführung nachhaltig ausgeglichen werden“, stellt Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster als Fraktionsvize fest. Dabei sind Straßensanierungen selbstverständlich weiterhin vorgesehen und dies sogar mit höheren finanziellen Mitteln.

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Gießen weist in allgemeinen Krisenzeiten immer wieder darauf hin, dass der Deckungsgrad und damit die Höhe der Gebühren überprüft werden sollte.

Diese Hinweise sieht die SPD jedoch nicht als Berechtigung, z. B. die Kita- und Friedhofsgebühren ohne Notwendigkeit zu erhöhen. Die permanenten Gebührenerhöhungen von CDU und FW in den Jahren 2016-2020 sollen keine Neuauflage erfahren.

Abschließend bleibt zu konstatieren:

Konstruktive Verbesserungsvorschläge zum Haushalt sind erwünscht; irrealer, polemischer Kritik ist jedoch destruktiv.